

**CDU**

NEWSLETTER REINHOLD HILBERS, MDL

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Sommerferien sind angebrochen und ich freue mich, Ihnen in diesen sommerlichen Tagen wieder einen Newsletter zukommen zu lassen.

Dabei möchte ich Ihnen mit diesem Newsletter wieder einige interessante Themen näherbringen. Weitere aktuelle Meldungen finden Sie wie immer auf meiner Internetseite unter: www.reinhold-hilbers.de

Für die verbleibenden Ferientage wünsche ich Ihnen gutes Wetter, Ruhe und Entspannung!

Herzliche Grüße

Ihr Reinhold Hilbers

Rot-grün regiert Niedersachsen ohne Ideen

Der von der rot-grünen Landesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf 2016 ist eine Enttäuschung. Trotz Rekordsteuereinnahmen und historisch niedrigem Zinsniveau beabsichtigt die Regierung Weil fast eine halbe Milliarde Euro neue Schulden zu machen. Gleichzeitig sinkt die Investitionsquote auf einen historischen Tiefstand von 4,7 Prozent. Der Haushaltsentwurf ist der in Zahlen gegossene Beleg für die politische Mut- und Ideenlosigkeit der rot-grünen Landesregierung - ganz nach dem Prinzip: Mehr schlecht als recht verwalten statt gestalten.

Dabei sind die finanziellen Rahmenbedingungen so günstig wie nie zuvor: Mit 23,6 Milliarden Euro werden die Steuereinnahmen 2016 laut Schätzung sogar nochmal eine halbe Milliarde über dem Rekordjahr 2015 liegen. Gleichzeitig sinken die Zinsausgaben im kommenden Jahr trotz höherer Schulden weiter ab. Trotz dieser idealen Voraussetzungen baut die rot-grüne Landesregierung die Neuverschuldung gerade mal in Trippelschritten ab. Ein Haushalt ohne neue Schulden wäre 2016 ohne weiteres möglich. Stattdessen verfolgt die Landesregierung weiterhin die Politik des maximalen Schuldenmachens, keine Schuldenbremse vor 2020.

Auch die Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen bleibt kümmerlich. Die Kostenpauschale für die Kommunen wird mit einer Aufstockung der Landesmittel um gerade einmal 40 Millionen Euro auch 2016 deutlich unter 10.000 Euro bleiben. Damit lässt das Land die Kommunen bei dieser schwierigen Aufgabe einmal mehr im Stich.

Der ICX muss nach Bad Bentheim kommen

Die Entscheidung der Deutschen Bahn vom Einsatz des ICX auf der Strecke Amsterdam-Berlin Abstand zu nehmen, ist ein Rückschlag. In Anbetracht der Bedeutung der Verbindung und der Wiedereinführung des SPNV nach Nordhorn und Neuenhaus kann ich die Überlegungen der Deutschen Bahn nicht nachvollziehen.

Ich habe mich daher an den Niedersächsischen Wirtschaftsminister gewandt, damit sich die Landesregierung um den Ministerpräsidenten Weil für die Strecke stark macht. Die Strecke ist für Niedersachsen von herausragender Bedeutung. Die Regierung muss ihrer Verantwortung gerecht werden und sich gegenüber der Deutschen Bahn eindeutig positionieren. Die Strecke ist die zentrale schienengebundene Verkehrsverbindung zwischen Niedersachsen und den Niederlanden. Sie gehört zu den Transeuropäische Netzen (kurz TEN) und bildet damit einen erheblichen Beitrag Umsetzung und Entwicklung des Europäischen Binnenmarktes und zur Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes der Union.

Ich werde mich auch direkt an die Deutsche Bahn wenden, damit diese zu ihren ursprünglichen Plänen zurückkehrt und die Verbindung mit den neuen Fernverkehrszügen ausstattet. Die Deutsche Bahn muss ihrer Verantwortung gerecht werden und darf diese zentrale Verbindung nicht stiefmütterlich behandeln.

Landwirte nicht diffamieren

Die öffentlichen Diskussionen über die moderne Landwirtschaft, das Tierwohl und den Verbraucherschutz sind sinnvoll und notwendig. Verbraucherschutz und Tierwohl kann nur zusammen mit den Landwirten weiterentwickelt werden. Dazu bedarf es eines Dialogs auf Augenhöhe. Landwirte werden in Niedersachsen insbesondere durch die Rot/Grüne Landesregierung pauschal an den Pranger gestellt und der Eindruck erweckt, als wären sie gegen gute ökologische Standards und als sei ihnen das Tierwohl gleichgültig. Die Graftschafter CDU nimmt die Landwirte ausdrücklich gegen solche Angriffe in Schutz. Die CDU wehrt sich gegen eine pauschale Diffamierung der

Landwirte und der Landwirtschaft sowie deren bäuerlichen Familien. Sie setzt sich dafür ein, dass es in Niedersachsen auch in Zukunft existenzfähige, unternehmerische Landwirtschaftsfamilien geben wird, damit auch die Hofnachfolge gesichert ist.

Die meisten Landwirte lieben ihren Beruf und ihre Tiere. Ihnen zu unterstellen, dass sie das Tierwohl aus finanziellen Interessen vernachlässigen, ist erstens unzutreffend und zweitens für die notwendige offene und vertrauensvolle Diskussion wenig hilfreich.

Was wir brauchen ist ein wertschätzender und konsensorientierter Dialog zwischen den Beteiligten, also den Landwirten, den Behörden, der Politik und den Verbrauchern. Wir alle stehen hier in der Verantwortung. Es genügt nicht, mit dem Finger auf die Landwirte zu zeigen. Im Gegenteil: Jeder Verbraucher kann mit seinen Kaufentscheidungen aktiv Einfluss nehmen auf die Bedingungen der Lebensmittelproduktion. Ziel muss es sein, die bisher vor allem auf Effizienzsteigerung ausgelegte Entwicklung von Tierhaltungssystemen in eine nachhaltige Entwicklung der stetigen Verbesserung des Tierwohls zu entwickeln. Wir brauchen eine wettbewerbsfähige und zukunftsorientierte Landwirtschaft. Die moderne Landwirtschaft der Zukunft muss auf den Weltmärkten konkurrenzfähig sein und gleichzeitig im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz den wachsenden Anforderungen der Gesellschaft gerecht werden und sich diesbezüglich weiterentwickeln.

Um diese Diskussion voranzubringen, stellt die Graftschafter CDU nun einen entsprechenden Antrag auf dem CDU-Landesparteitag. Die Arbeit der Landwirte hat auch weiterhin das Vertrauen und die Unterstützung der Menschen verdient, um im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Die Land- und Ernährungswirtschaft

ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Niedersachsen. Dazu brauchen wir existenzfähige unternehmerische Landwirte, die im globalen Markt wettbewerbsfähig sind.

nifbe-Angebot in der Grafschaft gerettet

Die von der Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajic geplanten erheblichen Kürzungen beim Niedersächsischen Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe) sind bedauerlich. Die Wissenschaftsministerin schwächt die Forschung im Bereich der frühkindlichen Bildung. Die geplante Zerschlagung des nifbe haben wir durch unseren Antrag im Landtag glücklicherweise abwenden können. Die Ministerin hat sich erfreulicherweise bewegt, aber leider doch die Mittel für das nifbe gekürzt.

Mit dem nifbe ist es dem Land gelungen, auf dem Gebiet der frühkindlichen Bildung und Entwicklung in der Forschung und dem Transfer in die Praxis eine Vorreiterrolle einzunehmen. Die qualitative Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung kann nur durch die konsequente Verbindung von Forschung und dem Transfer in die Praxis gelingen. Dieser Transfer wird auch in der Grafschaft mit einer Regionalstelle in Nordhorn sichergestellt. In diesen regionalen Netzwerken soll erheblich gekürzt werden. Standen bisher 390 T€ je Netzwerk zur Verfügung, sind es in Zukunft noch 750 T€ für alle fünf Netzwerke. Welche Auswirkungen das auf die Außenstelle in der Grafschaft hat, ist noch unklar. Ich werde alles dafür tun, dass das Netzwerk bei uns nicht verschwindet.

